

Mehrfachjob ohne Netz

Die Politik bemächtigt sich der Reproduktionsbedingungen – ob sie über Familien- oder Frauenangelegenheiten spricht, ob man das Kind beim Namen nennt oder es gar nicht will

Eva Linsinger, Martina Salomon

Kate Reddy liebt ihre Arbeit als hartgesottene Fondsmanagerin in der Londoner City. Aber Kate ist rastlos und oft so müde, dass sie sich wünscht, ein Body-double würde statt ihr nach Hause eilen können. Denn Kate hat zwei Kinder, und die will sie zumindest ebenso gut managen wie ihre Zahlenreihen im Büro.

Kate Reddy ist die Hauptfigur im Roman *Working Mum* der britischen Journalistin Allison Pearson – und nach dem Stürmen der Bestsellerlisten auf dem besten Weg, das Synonym für die Hektik berufstätiger Mütter zu werden.

Um die Probleme der Kate Reddys geht es in der österreichischen Wertedebatte weniger. Die ÖVP stellt vielmehr die Sinnfrage: Hedonismus kontra Familie – womit wieder einmal ein die alte ideologische Bruchlinie grell beleuchtet wird.

In der verblichenen großen Koalition spielte man gern (schwarze) Familien- gegen (rote) Frauenpolitik aus. Ein Kampf, der nun zwischen Regierung und Opposition tobt – und auch vor Wissenschaftlern nicht Halt macht.

Helmuth Schattovits, der (als damaliger Leiter des Instituts für Familienforschung) die Machbarkeitsstudie zum Kindergeld leitete, hat darauf reagiert, indem er die „Kindorientiertheit“ seiner wissenschaftlichen Projekte

► Fortsetzung auf Seite A 2 rechts

Mehrfachjob ohne Netz

► Fortsetzung von Seite A 1

betont: „Dann konnte man leichter reden. Das Wort Familie ist ideologisch so besetzt, dass es Abwehr bei verschiedensten Gruppen auslöst.“ Bis hin zum Killerwort aus dem Dritten Reich: „Mutterkreuz“.

Selbst in der ÖVP zögerte man lange, sich das Kindergeld auf die eigenen Fahnen zu schreiben. Ein Vakuum, das Jörg Haider für sich sofort nutzte – und seinen Kindergeldpilotprojekten mit Werbespots wie „Feistritz, tagemutterfrei“ einen ideologischen Drall verpasste, der die SPÖ in ihrer Ablehnung bestärkte.

Das ist aber Geschichte, das Kindergeld ist längst von Schwarz-Blau eingeführt. Noch immer gibt es aber weibliche schwarze Abgeordnete, die das Kindergeld ablehnen – während die FPÖ bereits eine Ausweitung bis zum Schuleintritt der Kinder fordert. Etwas, das der bürgerliche Schattovits durchaus gut findet. Er wünscht sich eine Art Grundsicherung für Menschen mit Kindern und einen besseren materiellen Ausgleich zwischen Kinderlosen und Eltern.

Ein derartiger Ausgleich hatte 1992 der Verfassungsgerichtshof gefordert und die steuerliche Berücksichtigung von Unterhaltsleistungen verlangt. Danach bastelte die große Koalition hektisch an den Transferleistungen herum. Eine ernsthafte Umsetzung des Urteils hätte das so genannte „Familiensplitting“ bedeutet: steuerliche Berücksichtigung, wie viele Menschen von einem Einkommen leben müssen. Das hätte aber wohl den Druck auf Frauen erhöht, auf eigene Erwerbstätigkeit zu verzichten, daher ließ man die Finger davon. Nicht ohne beinhardt Ideologiedebatten – eben zwischen den Dogmen Familienpolitik und Frauenpolitik. Es waren Dogmen, die einander unversöhnlich gegenüberstanden: So ließ die ÖVP die ehemalige SPÖ-Frauenministerin Johanna Dohnal zwölf Mal im Ministerrat mit einem Gesetz für Kindergartenplätze abblitzen.

90.000 Kinderbetreuungspunkte fehlen laut jüngster Studie von Familienstaatssekretärin Ursula Haubner noch immer. Aber mittlerweile hat Österreich mit Kindergeld, Familienbeihilfe und Co. das teuerste Familienförderungssystem der Welt. Sozialrechtler wie Wolfgang Mazal bescheinigen der Familienförderung, dass sie einerseits von oben nach unten (bedürftige Familien erhalten mehr als wohlhabende) und auch horizontal (Kinderlose subventionieren Familien) umverteilt. So weit die positive Sicht. Kritiker wie der Sozialforscher Bernd Marin monieren, dass nicht nur Familien, sondern vor allem Hausfrauen gefördert werden: „Mütter erhalten, wenn sie zu Hause bleiben, bis zu 200 Euro mehr Monatseinkommen als eine Vollzeit arbeitende Mutter mit drei Kindern.“

Trotz dieser prallen Förderung ist die klassische liebe Familie unmodern – auch wenn jugendliche sich in allen Wertestudien Kinder

wünschen. Es bleibt nämlich immer öfter beim theoretischen Wunsch, und jedes ideologische Lager sieht dafür andere Ursachen.

Für den Ökonomen Stefan Schulmeister, einen der linken Proponenten des Sozialstaats-Volksbegehrens, ist die Antwort einfach: „Die neoliberale Politik, die den Sozialstaat abbaut und die Arbeitslosigkeit steigen lässt, bewirkt sozialpsychologisch, dass das Vertrauen in die Zukunft sinkt. In diesem Gefühl der Unsicherheit sind die Menschen nicht bereit, ökonomistisch formuliert, eine Investition für zwei Jahrzehnte, genannt Kind, zu wagen.“ Einen direkten Beleg für diese These sieht Schulmeister im Geburtenrückgang nach dem Ende der DDR – und einen indirekten in Skandinavien: „In gut ausgebauten Sozialstaaten mit funktionierenden Kinderbetreuungseinrichtungen wie in Schweden ist die Fertilität einfach höher.“

Schweden und Frankreich: Das sind und waren familienpolitische Vorzeigemodelle, vor allem der SPÖ. In Frankreich besucht die Hälfte aller Kinder ab dem zweiten Lebensjahr eine kostenlose Vorschule. Zumindest materiell gibt es aber einen weiteren starken Anreiz für mehr als ein Kind: Erst ab dem zweiten wird ein staatliches Erziehungsgeld bezahlt. Und außerdem fällt es französischen Regierungen leichter als den durch das Dritte Reich vorbelasteten Ländern Deutschland und Österreich, ganz ungeniert chauvinistisch für mehr „einheimische“ Kinder zu plädieren. Was im Wortsinn auf fruchtbaren Boden fällt.

In Skandinavien wiederum gilt es den Firmen als „Ehrensache“, dass Eltern Kinder und Karriere unter einen Hut bringen, wie es die vierfache Mutter und Österreich-Chefin von Hennes & Mauritz, Claudia Oszwald, kürzlich in einem Interview beschrieb. Schweden hat zudem eine eindrucksvolle Zahl an Karenzvätern, wobei die finanzielle Abfederung für sie beachtlich ist. Während eines Zeitraums von 420 Tagen kann einer der Elternteile die Kinderbetreuung übernehmen und erhält dafür 80 Prozent seines Monatslohns.

Das führt zu stolzen 40 Prozent an Karenzvätern – in Österreich sind es kümmerliche zwei Prozent. In den letzten Jahren macht sich allerdings endlich die Wissenschaft Gedanken über die wichtige Rolle der Väter in der Kindesentwicklung. Männer, die keine emotionale Bindung an ihren Vater erlebten, hätten später „wie ein herzloser Roboter“ keinen Zugang zu ihren Gefühlen, behauptet ein soeben erschienenes Buch von Karl Gebauer (*Väter gesucht*, Walter Verlag). Das liegt im Trend. Denn mittlerweile beschäftigen sich auch Feministinnen mit „Bubenarbeit“ und wünschen die Männer nicht nur an den Wickeltisch, sondern auch in Erziehungsbereife. Vielleicht ein erstes Anzeichen, dass der ideologische Graben kleiner wird – wenn auch vorerst nicht zwischen Politikern.

Es wäre höchste Zeit. Damit nicht alle Familiengeschichten so enden wie die von Kate Reddy in *Working Mum*: Reddy zieht die Notbremse – und kündigt ihren Job. ■